



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 28. November 2007
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Stv. Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten
DL Nrn 36/07

Drucksachenband 122

Drucksachenlisten
DL Nrn. 45/07, 46/07

Drucksachenband 124

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0182 Tagesordnung

1. Die Sitzungsvorlage 07-V-66-0220 (Tempo-30-Zone) wird von der Tagesordnung abgesetzt und der Beschlussfassung im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr überlassen.
Außerdem wird die mit Nachtrag aufgenommene Sitzungsvorlage 07-V-41-0033 (Hess. Staatstheater - Punkt 10.1) von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abgesetzt, da keine Beschlussfassung des Magistrats erfolgt ist.
2. Die Punkte 10, 14 und 16 werden in der Beratungsfolge vorgezogen.
3. Gegen die Tagesordnung werden ansonsten keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0188 07-A-19-0013

Sanierung der Russischen Kapelle - üpl-Mittel

Der schriftliche Bericht gilt als eingebracht und kommt in der Sitzung des Ausschusses am 23.01.2008 zum Aufruf.

Einstimmig

0189 07-V-41-0021

Stadtbibliotheken Wiesbaden: Projekt "StaBi 2010"

Der schriftliche Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmig

0190 07-V-05-0011

Projekt: Aufwertung von städtischen Grünanlagen mit hoher Freizeitnutzung und von Kinderspielplätzen

Einstimmig

#

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0191 07-V-40-0039

Hermann-Ehlers-Schule Dachsanierung - Mehrkosten -

Einstimmig

0192 07-V-20-0061

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.09.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0193 07-V-21-0003

Abschlussbericht Projekt MoVe

Einstimmig

0194 07-F-01-0125

Schwarzarbeit auf GWW-Baustelle
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 19.11.2007 -

Stv. Dr. Goßmann begründet den Antrag.

Herr Braun (GWW) berichtet kurz mündlich, wird aber gebeten, einen schriftlichen Bericht rechtzeitig zur Sitzung des Ausschusses am 23.01.2008 vorzulegen.

Stv. Dr. Goßmann möchte außerdem eine Klärung darüber herbeiführen, ob Firmen, die auf Baustellen der GWW evtl. gegen das Verbot der Schwarzarbeit verstoßen haben, auch in anderen Bereichen der LHW tätig waren.

Dazu wird das Revisionsamt gebeten, einen entsprechenden Bericht vorzulegen.

Herr Braun (GWW) sichert die Zusammenarbeit mit dem Revisionsamt zu.

Bei Vorlage der Berichte werden diese in nicht öffentlicher Sitzung beraten werden.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0195 07-V-64-0004

Übersicht über die Architekten- und Ingenieurleistungen im Hochbaubereich in den Jahren 2004 - 2006

Der eingereichte schriftliche Bericht von Dezernat IV und die umfangreiche Aufstellung des Dezernat I/20 werden zur Kenntnis genommen.

Stv. Reiß fragt nach der Übersicht der Wohnbau AG Mainz, die in der Zusammenstellung fehlt.

Vors. Tollebeek fragt bei Herrn Braun (GWW) nach, ob er spezielle Leute hat, mit denen er gern zusammen arbeitet.

Herr Braun teilt mit, dass die Arbeiten ausgeschrieben und Angebote eingeholt werden. Es kommt vor, dass mit Firmen schwerpunktmäßig gearbeitet wird. Die Schwerpunkte wechseln aber. Er weist darauf hin, dass bei Gesellschaften jährlich 25.000 Aufträge vergeben, das Auftragsvolumen beträgt ca. 25 bis 30 Mio €. Bei kleineren Aufträgen kann man nicht ausschließen, dass etwas passiert. Aufträge kleinerer Größenordnung können gar nicht im Einzelfall nachgeprüft werden, da verlässt man sich z.B. auf die Mitteilung des Mieters oder des Hausmeisters, dass alles erledigt wurde.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass es gar nicht so sehr um den Bereich GWW geht, sondern dass z.B. die HSK auffallen. Gerade hier wird in der Regel immer wieder 1 Architekt beauftragt. Außerdem sind Häufungen bei ESWE-Versorgung auffällig.

Der Ausschuss beschließt daher, den Magistrat zu bitten, die Aufsichtsräte von HSK und ESWE-Versorgung anzuschreiben und um Stellungnahme zu dem Sachverhalt zu bitten.

Einstimmig

0196 07-V-03-0007

Technischer Relaunch und grafisches Redesign von www.wiesbaden.de

Stv. Reiß teilt mit, dass er mit dem Betrag von 50.000 € für Werbung erhebliche Probleme habe.

Frau Graf und Herr Michel (Dezernat III - Wiesbaden-Marketing) stehen für Rückfragen zur Verfügung und berichten, dass durch den erhöhten Werbeetat breiter kommunizieren zu wollen. Die Wiesbaden-Seite müsse weiter bekannt gemacht werden. Dadurch verspricht man sich z.B., sich vom allgemeinen Wettbewerb besser abheben zu können.

Man sollte nach Mitteilung von Herrn Michel gerade für die Werbung noch höhere Beträge einsetzen, weil sich das mittel- und langfristig rechnet.

Stv. Spallek fehlt die Relation, wenn er die 5.000 € des Ludwig-Beck-Preises gegenüber stellt. Er weist darauf hin, dass die Wiesbaden-Seite doch immer prämiert wurde - warum dann jetzt eine Erhöhung des Werbeetats? Sollte man den Betrag nicht besser anders investieren?

Nach Auffassung von Vors. Tollebeek sollte man nicht unterschiedliche Bereiche mit einander zu vergleichen. Er würde eher mehr Geld zur Verfügung stellen. Er fragt nach, ob der gesamte

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Wiesbaden-Auftritt auch für den Konzern Stadt angedacht ist, d.h., werden Rhein-Main-Hallen, Kurbetriebe, ESWE, ELW usw. mit einbezogen? Sollen auch Firmen verlinkt werden?

Herr Michel bestätigt dies. Die Vernetzung soll noch weiter vorangetrieben werden. Dies muss aber auch von der „Gegenseite“ gewollt sein.

Stadtrat Bendel berichtet, dass die Firmen letztlich selber entscheiden, ob sie auf der Wiesbaden-Seite verlinkt werden wollen. Man kann z. B. auch für die Nutzung des Wiesbaden-Logos werben. Aber je bekannter die Wiesbaden-Seite ist, desto mehr Interesse wird entstehen.

Vors. Tollebeek könnte sich auch eine Verknüpfung mit Kongressen, Hotels usw. vorstellen.

Frau Graf (Dezernat III - Wiesbaden-Marketing) berichtet, dass workshops im Konzern Stadt geplant sind. Alle städtischen Gesellschaften werden eingeladen und ein gemeinsamer Internet-Auftritt wird angeboten.

Stv. Reiß beantragt getrennte Abstimmung von Punkt 12 des Magistratsbeschlusses.

getrennte Abstimmung; alle Punkte außer 12 einst., Punkt 12 gegen BLW

0183 07-V-82-0008

Wirtschaftsplan 2008/2009 der Kurbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

Zu dieser Sitzungsvorlage fehlt die Stellungnahme der Kämmerei.

Stadtrat Bendel weist darauf hin, dass durch die Gründung der Bädergesellschaft der Wirtschaftsplan Anfang 2008 erneut behandelt werden muss.

Stv. Reiß fragt nach dem großen Sprung in der Belegung des Kurhauses. Die Kurhauskollonaden waren in 2006 an 29 Tagen belegt, in 2007 an 140 Tagen.

Herr Göpfert erklärt, dass hier die Baumaßnahme Tiefgarage Bowling Green ausschlaggebend war. Die Baumaßnahme war in 2007 beendet - die Kollonaden konnten intensiver genutzt werden.

Vors. Tollebeek hält die Belegung des Thiersch-Saales an 265 Tagen im Jahr für eine beachtliche Leistung.

Der Revisionsausschuss nimmt die Vorlage lediglich zur Kenntnis. Die Beschlussfassung (möglichst nach Eingang der Stellungnahme der Kämmerei) wird dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überlassen.

Einstimmig

0197 07-V-51-0047

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Mittelausstattung für die neuen Wandschränke im Standort SÜD für die Sozialen Dienste

Vors. Tollebeek gibt zu Protokoll, dass es für ihn befremdlich ist, dass aus dem Querschnittssammler eine üpl-Maßnahme i. H. v. 160.000 € gedeckt werden soll, wobei schon verwunderlich ist, dass überhaupt wieder Einbauschränke eingebaut werden, nur weil es sie vorher auch gab. Es gibt für den Einbau keine sachlichen, sicherheitstechnischen o.ä. Gründen, sondern ist lediglich auf Ästhetik zurückzuführen. Selbst bei dezentraler Ressourcenverwaltung ist nicht nachzuvollziehen, dass an einer Stelle soviel Geld ausgegeben wird, obwohl manche Mitarbeiter in unzumutbaren Büroräumen mit schlechter Ausstattung untergebracht sind.

Stv. Dr. Goßmann berichtet, dass gerade Dezernat VI ständig Zusetzungen braucht. Man sollte hier ein anderes Augenmaß anlegen.

gegen BLW

0198 06-A-19-0008

Prüfung der Jahresrechnung 2004
a) Bericht des Revisionsamtes zum Umweltladen

Herr Mengden (Umweltamt) ist zu diesem Punkt anwesend. Da es nicht um Beträge oder Personen geht, kann dieser Punkt öffentlich behandelt werden.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass es ja in verschiedensten Bereichen unregelmäßige Kassenprüfungen gibt und 2 Bereiche immer wieder mit Unregelmäßigkeiten auffallen - der Umweltladen und die Caligari-Filmbühne.

Nach Auskunft von Herrn Mengden sind im Umweltladen 6 Mitarbeiter beschäftigt, die nicht ständig dort arbeiten. Dadurch gibt es wenig Routine in den Abläufen.

Außerdem ist die Kasse antiquiert. Bisher konnte der Warenbestand nicht über die Kasse geführt werden.

Eine neue Kasse soll gekauft werden (voraussichtlich Anfang 2008), damit die menschlichen Fehler eingedämmt werden können. Die Fehlbestände waren aber in allen Fällen sehr klein, niemand hat bewusst etwas falsch gemacht.

Stv. Koch fragt nach, warum ausgerechnet der Umweltladen eine andere E-Mail-Adresse hat, als die gesamte Stadt.

Das liegt nach Auskunft von Herrn Mengden daran, dass der Umweltladen nicht vernetzt ist und einen anderen Anbieter nutzt. Man kann aber an umweltladen@wiesbaden.de schreiben, nur die Antwort kommt dann über Freenet.

Der Bericht zu den Barverkäufen von Essen und Getränken wird in nicht öffentlicher Sitzung beraten.

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0199 07-V-07-0008

Verwendung von Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich, Beschluss der StVV Nr. 0072 v. 08.02.2007, für das Projekt Präsenzsteigerung städtischer Ordnungskräfte im Öfftl. Raum

Stv. Reiß berichtet, dass aus der Vorlage hervorgeht, dass im Frühjahr 2007 ein Projekt aufgelegt wurde zur Präsenzsteigerung der Ordnungskräfte. Als Folge daraus mussten neue Erfassungsgeräte angeschafft werden.

Er würde gern eine Auflistung der Einnahmen und Ausgaben erhalten, die durch das Handyparken entsteht. Daraus wird der nachstehend unter Beschluss Nr. 200 aufgeführte Antrag formuliert.

Einstimmig

0200 07-F-02-0005

Einnahmen / Ausgaben durch Handyparken

Die Frage von Stv. Reiß unter dem vorstehenden Punkt wird zum Antrag erhoben.

Der Magistrat wird gebeten, bis zur Sommerpause 2008 schriftlich und dezernatsübergreifend über die Einnahmen und Ausgaben im Bereich Handy-Parken zu berichten.

Einstimmig

0201 Verschiedenes

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass nach der 1. Sitzung im neuen Jahr ein „Neujahrsessen“ stattfinden wird.

Einstimmig

Nicht öffentliche Sitzung ab 18.30 Uhr

0203 07-F-25-0093

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.09.2007 -

Zu diesem Antrag erfolgt in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassung, da der unter der Vorlagen Nr. 07-F-22-0002 bis zum 28.11.2007 geforderte Umsetzungsvorschlag bereits in der Sitzung des

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Ausschusses am 31.10.2007 durch die mündliche Aussage von Herrn Wack (ELW), die Verkäufe mit sofortiger Wirkung auszusetzen, erfolgt ist.

Alle zum Thema Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen erfolgten Beschlüsse sind unter der Vorlage Nr. 07-F-22-0002 zusammengefasst.

0204 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

In der Sitzung des Ausschusses am 31.10.2007 wurde das Thema „Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen“ auch im Zusammenhang mit den Ortsverwaltungen eingehend diskutiert. Gerade in Naurod ist die Auslastung der städtischen Nutzfahrzeuge sehr gering. Die Angelegenheit wird weiter verfolgt.

Herr Löber weist darauf hin, dass sich mittlerweile auch Anhaltspunkte ergeben haben, dass städtische Mitarbeiter auf Kosten der Stadt tanken

Vors. Tollebeek könnte sich vorstellen, dass die Auslastung von Fahrzeug in Stadt übergreifendes Thema sein könnte und die Nutzung der Tankkarten auch geprüft werden muss. Eine Übersicht über die Mitarbeiter, die eine Tankkarte haben, wäre auch sinnvoll. Außerdem müsste die Neubeschaffung Fahrzeugen geprüft werden.

Herr Löber berichtet, dass die Angelegenheit bereits vor 10 Jahren im Revisionsamt Thema war. Städtische Fahrzeuge waren damals und sind auch heute, ein Statussymbol für städtische Schulhausmeister (auch übertragbar auf Ortsvorsteher). Das hat damals dazu geführt, dass ein Schulhausmeister einen Rasenmähertraktor besaß, aber keinen Rasen zu mähen hatte. Es ist heute durchaus vorstellbar, dass mehrere Ortsverwaltungen Groß-/Nutzfahrzeuge gemeinsam benutzen.

Stv. Maaß weist darauf hin, dass ihr gleich ist, welches Fahrzeug zur Schneeräumung eingesetzt wird, wichtig ist aber, dass geräumt wird. Eine generelle Anbindung an ELW kann sie als Ortsvorsteherin nicht stehen lassen.

Herr Löber weist auf Nachfrage von Vors. Tollebeek darauf hin, dass zwar der Prüfauftrag abgearbeitet wurde, aber eine komplette Organisationsuntersuchung ist noch nicht beauftragt worden. Man könnte sich vorstellen, dass das Personal- und Organisationsamt eine solche Untersuchung vorzunehmen.

Herr Emmel (Kämmerei) berichtet, dass das Fuhrparkmanagement dezentralisiert wurde.

Frau Schupp berichtet darüber, dass 2 Mitarbeitern ELW wegen Fahrzeugverkäufen (über Strohmänner) Kündigungsverfahren eingeleitet wurden. Ob diese Verfahren durchgesetzt werden können, ist noch nicht klar. Ein Mitarbeiter war Personalratsmitglied, der andere Schwerbehinderter.

Vors. Tollebeek möchte deutliche Zeichen gesetzt wissen, damit die anständigen Mitarbeiter nicht demotiviert werden und zumindest versucht wird, Mitarbeiter, die versuchen zu betrügen usw. aus

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. November 2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

dem städtischen Dienst zu entfernen. Selbst wenn nach Jahren ein Gericht feststellen sollte, dass zu Unrecht gekündigt wurde, stellt man die Person wieder ein. Aber zunächst sollte gehandelt werden.

Frau Schupp berichtet, dass Herr Wack sich hat anwaltlich beraten lassen, wie die Aussichten bei einer Kündigung sind.

Herr Löber berichtet zu der Kündigung des Schwerbehinderten, dass der LWV signalisiert hat, dass man das Kündigungsschreiben gar nicht erst annehmen, sondern sofort wieder zurückschicken würde.

Vors. Tollebeek erwartet als Service-Leistung vom Rechtsamt und dem Personal- und Organisationsamt, dass man trotzdem kündigt und sich eine Strategie überlegt, wie man mit LWV u.a. umgeht. Selbst wenn Kündigungen scheitern, wird man eine Lösung finden, solche Mitarbeiter unterzubringen.

Herr Löber berichtet über Gespräche zwischen ihm, Herrn Wack und Frau Schupp über diese Vorfälle. Zur Zeit werden die Neuregelungen zur Zusammenarbeit zwischen Personal- und Organisationsamt, Frau Schupp und dem Revisionsamt überarbeitet. Man kann davon ausgehen, dass zukünftig öfter Vertreter des Personal- und Organisationsamtes an den Sitzungen des Revisionsausschusses teilnehmen werden.

Er berichtet über einen Fall im Sportamt, dass an den städtischen Richtlinien vorbei ein Tandemtieflader Baujahr 1992 für 350 € verkauft worden. Im Internet würde ein solches Fahrzeug ca. 3.500 € bringen. Die Richtlinien waren in der Verwaltungsabteilung vorhanden und bekannt, wurden aber nicht angewendet. In den Richtlinien ist festgeschrieben, dass solche Nutzfahrzeuge eine Nutzungsdauer von 20 Jahren haben.

Der Leiter des Amtes war über den Vorgang entsetzt, als er ihm bekannt wurde. Das Personal- und Organisationsamtes wird hier keine arbeitsrechtlichen Maßnahmen einleiten.

Um die Vorgehensweise des Personal- und Organisationsamtes zu verstehen bzw. einschätzen zu können wird der Ausschuss für die nächste Sitzung Herrn Stadtrat Bendel und Herr Langanki (Leiter des Personal- und Organisationsamtes) einladen.

Vors. Tollebeek könnte sich vorstellen, eine Task Force zur Korruptionsbekämpfung zu bilden, die z.B. beim Oberbürgermeister direkt angesiedelt ist. Diese Stelle könnte dann unabhängig von anderen Zuständigkeiten selbst tätig werden. Auch dies könnte mit Herrn Stadtrat Bendel und Herrn Langanki in der nächsten Sitzung besprochen werden.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass die Betriebskommission der ELW nicht über die Vorfälle informiert worden ist. Außerdem habe er durch private Informationen gehört, dass es ein regelrechtes Netzwerk bei der ELW gäbe, dass einzelne Mitarbeiter, die sich nicht an Betrugereien beteiligen wollen, gemobbt bzw. unter Druck gesetzt werden.

Vors. Tollebeek bringt noch einmal zum Ausdruck, dass er nicht ruhen werde, bis Korruptions- und Betrugsfälle aufgeklärt sind. Hier gäbe es keinen Frieden.

Herr Löber weist auf die Fristen hin, die bei Kündigungen einzuhalten sind (2 Wochen bei fristloser Kündigung) und hat Bedenken, dass diese Frist im Regelfall überhaupt eingehalten werden kann. Meist ist eine fristlose Kündigung gerichtlich nicht haltbar. Es gäbe aber andere Mittel (z.B. Abmahnung), die zum Tragen kommen könnten.

Nach der umfangreichen Diskussion wird der Magistrat gebeten,

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

-
- die sofortige Organisationsuntersuchung von Auslastung und Einsatzzweck von Fahrzeugen bei allen Fahrzeug verwendenden Ämtern mit dem Ziel der Optimierung von Synergie-Effekten zu veranlassen,
 - ein **zentrales** Projekt **Fuhrparkmanagement** für die Nutzung und Beschaffung städtischer Fahrzeuge entweder durch ein städtisches Amt, aber auch mit externer Unterstützung einzurichten mit dem Ziel, Neubeschaffungen, Nutzungsdauer, -orte, -zwecke von Fahrzeugen zu optimieren und dem Revisionsausschuss zeitnah über das Ergebnis zu berichten,
 - dem Ausschuss bis **zur Februarsitzung 2008 ein fertiges Konzept** zum weiteren Verkauf (möglichst nicht mehr durch ELW und künftiger externer Begutachtung der Fahrzeugwerte) vorzulegen,
 - sicherzustellen, dass die Betriebskommission der ELW über die aktuelle Entwicklung zum Fahrzeugverkauf informiert wird.
2. Das Revisionsamt wird gebeten, im Rahmen angemessener Stichproben eine Überprüfung von Tankkarten-Inhabern und der ordnungsgemäßen Nutzung der Tankkarten (mit Ausnahme privat genutzter Dienstfahrzeuge) bei der LHW, den Eigenbetrieben und den städtischen Mehrheitsgesellschaften für den Zeitraum von 01.04.2004 bis heute vorzunehmen.
3. Der Magistrat wird darüber hinaus gebeten sicherzustellen,
- dass Fehlverhalten beim Umgang mit Vermögensgegenständen der Landeshauptstadt Wiesbaden - wie z.B. bei Fahrzeugverkäufen - nicht geduldet wird und
 - als Signalwirkung und Gegensteuerung konsequent personalrechtliche Maßnahmen auch dann ergriffen werden, wenn der Erfolg vor Gericht nicht garantiert ist.
4. Herr Stadtrat Bendel und Herr Langanki (Leiter des Personal- und Organisationsamtes) werden gebeten, **zur nächsten Sitzung des Ausschusses (23.01.2008)** den Verzicht auf personalrechtliche Maßnahmen im Fall der Unregelmäßigkeiten beim Verkauf eines Anhängers aus dem Bestand des Sportamtes insbesondere unter dem Aspekt der personalrechtlichen Würdigung der offensichtlich illegalen Beschaffungs- und Verkaufsvorgänge zu begründen und dazu Stellung zu nehmen.

0198 06-A-19-0008

Prüfung der Jahresrechnung 2004
b) Bericht des Revisionsamtes zum Barverkauf von Essen und Getränken

Zum Punkt „Prüfung Umweltladen“ wurde in öffentlicher Sitzung beraten.

Zum Barverkauf von Essen und Getränken gibt es keine Nachfragen.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0206 07-A-19-0010

Rechnungen der Vergabe seit 01.01.2005 für den Bereich SNB

Das Revisionsamt hat hier einen Power-Point-Vortrag vorbereitet, der die Beauftragung der ersten 50 Firmen umfasst.

Zu dem Vortrag sind die Mitglieder der Verdingungskommission eingeladen worden. Stv. Frau Kracht und die Herren Stv. Ott und Wilhelmy sind als Mitglieder der Verdingungskommission anwesend.

Man kann festhalten, dass das Revisionsamt eine andere Sicht auf verschiedene Sachverhalte hat als z.B. das Hochbauamt. Herr Löber weist darauf hin, dass es zukünftig mit weniger Aufwand möglich sein dürfte, Auswertungen zu fahren, da z.B. die Gruppierungsziffern in allen Bereichen vorhanden sind. Wenn dann noch die Bankverbindungen angegeben sind, dürfte es kaum Probleme geben.

Vors. Tollebeek bedankt sich ausdrücklich bei den Mitarbeitern des Revisionsamtes (insbesondere bei Herrn Wintermeyer), die den Vortrag erarbeitet und die Vorarbeiten dazu geleistet haben. Er wird die Übersicht in die nächste Sitzung der Verdingungskommission mitnehmen.

Die Liste sollte in die Fraktionen mitgenommen werden. In den Fraktionen sollte über ein weiteres Vorgehen nachgedacht werden. Die komplette Liste kann bei Herrn Löber angefordert werden.

Wie mit Verdingung umgegangen werden soll, wird sicher ein Thema im kommenden Jahr sein. Die Arbeit der Verdingungskommission sollte auch beleuchtet werden. Die Effektivität der Verwaltung, gerade in den Bauämtern, ist auch ein interessantes Feld.

Man sollte nicht aus den Augen verlieren, dass möglichst Wiesbadener Firmen bei der Auftragsvergabe Berücksichtigung finden sollten, denn diese zahlen Gewerbesteuer, halten Mitarbeiter/innen vor usw.

Stv. Ott weist darauf hin, dass es oft um Aufträge, die in freihändiger Vergabe vergeben werden. Gerade kleine Wiesbadener Firmen sollten hier Berücksichtigung finden. Nach dem Gleichheitsprinzip sollte jeder etwas von den Aufträgen bekommen, die die Stadt vergibt. Es kann nicht sein, dass z.B. eine polnische Firma die meisten Aufträge erhält.

Stv. Wilhelmy fragt nach, ob er und Stv. Ott die Liste erhalten könnte. Dies wird bestätigt.

Es gibt zu diesem Punkt keine abschließende Beschlussfassung, sondern es ist der Beginn eines Parteien übergreifenden Prozesses (Vors. Tollebeek).

Herr Löber berichtet, dass die 50 Firmen (von 695), die in der Liste aufgeführt sind, 65 % der Auftragssumme insgesamt erhalten haben.

Man habe festgestellt, dass die TOP-Firmen bei der LHW nicht gleichzeitig die TOP-Firmen bei z.B. der GWW sind. Hier haben Firmen über die Jahre Vertrauen gewinnen können.

Der Revisionsausschuss weist ausdrücklich darauf hin, dass alle im Revisionsausschuss in nicht öffentlicher Sitzung beratenen Zahlen und Daten der absoluten Geheimhaltung unterliegen.

Der Vortrag wird den Ausschussmitgliedern in Kürze in Papierform zur Verfügung gestellt.

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0207 Verschiedenes

In der nächsten Sitzung des Ausschusses wird das Revisionsamt in nicht öffentlicher Sitzung

- über erste Prüfergebnisse zur Prüfung Anbau Rhein-Main-Hallen und
- zu den Netzausfällen bei der LHW berichten.

Anlagen

Wiesbaden, .01.2008

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba